

Was ist der „Raum“ in der Sozialraumorientierung? Perspektiven und Ressourcen

Dr. Thomas Franke, Difu, Berlin

Herr Franke betonte in seinem Vortrag (s. Präsentationsfolien), dass es viele unterschiedliche Fachperspektiven auf den Raum gebe, daher vieles „Sozialraum“ sein könne. Er erläuterte drei unterschiedliche Raumtheorien, die ihre Relevanz für den Sozialraum, seine Abgrenzung und Ausgestaltung haben. Diese verschiedenen Sozialraumsansätze müssen vor Ort zusammengebracht werden. Dabei geht es darum, neben der eigenen Fachlichkeit des Jugendamts, auch die anderer Akteure kennenzulernen und miteinander zu kommunizieren, Lücken zu identifizieren und letztlich zu einer stärkeren ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu kommen – in der Verwaltung und auf der Quartiersebene. Zu den „anderen“ Akteuren gehören dabei nicht nur die fachlichen Akteure, sondern ebenso die „Zielgruppen“, Bewohner*innen etc. Kommunikation, Kooperation und Koproduktion sind die „Essenz“ einer integrierten (erweiterten) Sozialraumentwicklung.

In der Diskussion werden folgende Aspekte aufgerufen:

- Die Teilnehmenden sind sich einig, dass der Sozialraum ein gutes Quartier für alle sein muss. Dabei spielt Vernetzung eine zentrale Rolle. Schwierig sei es jedoch vielfach, die Grenze zwischen Vernetzung und der eigenen Fachlichkeit festzulegen. Rolle und Auftrag der jeweiligen Kooperationspartner*innen müssen definiert sein.
- Eine Teilnehmerin fragt nach der Verantwortung für den ersten Schritt zu einer stärker Sozialraum orientierten Arbeit. Erfahrungen zeigen, dass es keine eigentliche Zuständigkeit gibt, es hängt im Kern an Personen und deren Motivation, hilfreich ist es, wenn der Anstoß „von der Spitze“ kommt.
- Die Teilnehmenden diskutieren die Frage, ob eine Sozialraum orientierte Arbeit nur bei zusätzlichem Geld möglich sei oder ob es im Kern um Haltung gehe und eine entsprechende politische Unterstützung.
- Angesprochen wird, ob es vor der eigentlichen Arbeit erforderlich sei, sich auf ein gemeinsames Verständnis von Sozialräumen zu einigen.
- Mehrere Teilnehmende weisen darauf hin, dass auch in großen Städten (hier in Abgrenzung zu Landkreisen) eine Sozialraumorientierung nicht einfach sei. Es sei schwierig zu wissen, welche Akteure es vor Ort gebe und vor allem die Personalressourcen seien ein Engpass. Die Herausforderung sei, alles im Blick zu behalten, aber „nicht jede Suppe mit zu würzen“. Auch bei knappen Kassen sollte es möglichst keine Ressortegoismen geben.
- Die Teilnehmenden sehen das KJSG als Chance für eine stärkere Vernetzung zwischen den noch sehr unterschiedlichen Strukturen von Jugendhilfe und Behindertenhilfe. Es wird allerdings darauf verwiesen, dass diese Prozesse Zeit brauchen.
- Angeregt wird, den Jugendhilfeausschuss um weitere Kooperationspartner*innen zu erweitern, die sozialräumlich arbeiten. Diese Partner*innen sollten als Ressource anerkannt werden. Hier biete das KJSG gute Chancen.

Was sagt das Gesetz? Sozialraumorientierung in den Sozialgesetzbüchern und im Bundesteilhabegesetz

Prof. Dr. Michael Noack, Professur für Methoden der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit / Quartiermanagement, Fachbereich Sozialwesen, Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit (SO.CON), Hochschule Niederrhein, Krefeld

Herr Prof. Noack hatte die Aufgabe den Begriff „Sozialraum“, so wie er in den Sozialgesetzbüchern und im Bundesteilhabegesetz beschrieben wird, vorzustellen und zu verdeutlichen, was die Umsetzung im Hinblick auf die Arbeit vor Ort bedeutet (s. Präsentationsfolien). Als zentrales Element stellte er einen „Baukasten Planungsraum“ vor, der dabei unterstützen kann die zentralen Herausforderungen der „Versäulung“ der Fachbereiche und der fehlenden einheitlichen Planungsräume der Fachplanungen besser zu bewältigen. Dabei geht es im Kern um zwei Ziele, nämlich mehr Prävention vor Ort und mehr Beteiligung von Familien zu erreichen.

In der Diskussion stand ein Instrument zur Visualisierung der Situation vor Ort im Vordergrund (My Map), das so beispielsweise in Krefeld und Mönchengladbach zum Einsatz kommt. Im Kern geht es darum, die örtlichen Angebote und Ansprechpartner*innen sichtbar und bekannt zu machen. In Berlin-Kreuzberg gibt es einen Kiezatlas, der eine ähnliche Funktion erfüllt.

Arbeitsgruppen: Sozialraumorientierte Akteurskooperation in der Kommunalverwaltung – Diskussion und Erfahrungsaustausch

In den AGs sollte vertieft dazu diskutiert werden, wie der Begriff Sozialraum in den Kommunen verstanden wird, was er für die eigene Arbeit bedeutet, welche Erfahrungen gemacht wurden. Die Diskussionen in den einzelnen AGs waren sehr unterschiedlich.

In einer AG wurden vor allem die Probleme einer Sozialraum orientierten Arbeit thematisiert, vom Gerangel um die Deutungshoheit von Sozialraum, über die Schwierigkeit unterschiedliche Planungen in verschiedenen Sozialräumen abzustimmen bis hin zum vor Ort vorgebrachten Argument, dass das Fachkonzept Sozialraum vor allem ein Sparkonzept sei.

Vorgestellt wurde ein Modellprojekt des Ortenaukreises, das der Kreis aufgelegt hat, um „der Sozialraumorientierung ein Gesicht zu geben“. Zentrale Bausteine sind die fallübergreifende Arbeit, die als Prozess organisiert werden soll sowieso ein Sozialmonitoring, das in gemeinsamen Planungsräumen erfolgen soll. Das Projekt läuft bis zum Frühjahr 2024, dann soll eine Evaluierung erfolgen. Dahinter steht die Überzeugung, dass der Sozialraumansatz richtig in der Umsetzung ist, aber viele Schritte erfordert.

In einer weiteren Arbeitsgruppe stand ebenfalls im Fokus, was Sozialraumorientierung in der praktischen Arbeit bedeutet. So wurde u.a. darüber diskutiert, wie gut etablierte Strukturen aus Programmen wie z.B. „Soziale Stadt“ bzw. „Sozialer Zusammenhalt“ erhalten bleiben können, wenn diese auslaufen. Diese Netzwerke sollten als Mehrwert verstanden und ein Abgleich von Angebotsstrukturen vorgenommen werden. Für fallunspezifische Arbeit sollten Zeitpotentiale in Arbeitsplatzbeschreibungen reserviert werden. Aus Osnabrück wurde über die Arbeitsgruppe „Integrierte Sozialplanung“ berichtet, die sich u.a. auch mit Schulentwicklungsplanung befasst. Aus Mannheim wurde berichtet, dass es ein integriertes Amt für Jugend und Gesundheit gibt, das seit vier Jahren sozialraumorientiert und mit einer stadtteilorientierten Steuerung arbeitet.

Wichtig sei insbesondere, Doppelstrukturen und damit Informationsverlust zu vermeiden. Letztendlich ging es darum, wie verschiedene Planungsebenen gut vernetzt werden können und wie auch eine inklusive Jugendhilfeplanung gut gestaltet werden kann.

In der dritten Arbeitsgruppe wurde unter anderem auf die Notwendigkeit regelmäßiger ressortübergreifender Abstimmungen als eine Grundlage einer umfassenden Sozialraumorientierung hingewiesen. Auf der Vor-Ort-Ebene sei unter anderem Gemeinwesenarbeit ein geeignetes Instrument der Akteursvernetzung im Sozialraum. In Kommunen, die Sozialraumbudgets eingeführt haben, dienen insbesondere Finanzierungsanteile für fallunspezifische Arbeit ebenfalls der Vernetzung von „Zielgruppen“, professionellen Sozialraumakteuren und deren Angeboten. Als zentrale Herausforderungen einer umfassenderen, über das reine „Zuständigkeitsprinzip“ hinausgehenden Sozialraumorientierung wurden der Fachkräftemangel und die damit verbundene Belastungssituation („Fall vor Feld“) sowie der „brain drain“ aufgrund hoher Fachkräftefluktuations genannt. Jenseits struktureller Rahmenbedingungen und Limitationen wurde die „Haltung“ pro Sozialraumorientierung als „A und O“ dieses Arbeitsprinzips betont – sie müsse immer wieder gestärkt bzw. erneuert werden, um wirksam zu bleiben. Gleichwohl gelte auch: Die Zusammenführung unterschiedlicher Zugänge zum Prinzip Sozialraumorientierung und der damit verbundenen unterschiedlichen Fachlichkeiten in Jugendamt und der gesamten Stadtverwaltung benötige politische Rückendeckung.

Aktuelles aus dem BMFSFJ und zum Beteiligungsprozess „Inklusives SGB VIII“

Frau Dahlbüding berichtet aus dem BMFSFJ, dabei steht der aktuell laufende Beteiligungsprozess im Hinblick auf das geplante Bundesgesetz zur inklusiven Lösung 2025 im Vordergrund. Aus der Runde der Teilnehmenden wird erneut der Fachkräftemangel angesprochen, verbunden mit der Forderung, dass hier auch die Länder stärker in die Pflicht zu nehmen seien (Studienplätze, Festlegung von Fachkräfteschlüsseln etc.). Übereinstimmend wird betont, dass es inzwischen eine große Fülle an immer neuen Aufgaben gebe (u.a. Verfahrenslotse), die auf eine extrem schwierige Personalsituation in den Jugendämtern träfen, so dass die Schlussfolgerung nur sein könne, keine neuen Gesetze mehr auf den Weg zu bringen, in einer Zeit, wo eine Krise auf die andere folge. Oberste Priorität in den Jugendämtern sei es, den Kinderschutz aufrechtzuerhalten.

Das Fachkonzept Sozialraumorientierung in der Praxis: Das Beispiel Essen Carsten Bluhm, Fachbereichsleitung Jugendamt der Stadt Essen

Herr Bluhm betont in seinem Vortrag (s. Präsentationsfolien), dass die Kooperation und Vernetzung vorhandener Leistungen die Grundlage sämtlicher Strukturen und Abläufe im Essener Jugendamt seien. Wichtig sei von Beginn an die Haltung der Kommunalpolitik dazu gewesen. Die Arbeit ist dezentral organisiert. Die dezentrale Jugendhilfeplanung erfolgt in den Bezirken in Abstimmung mit der zentralen Jugendhilfeplanung. Auf der Vor-Ort-Ebene zumindest in Programmgebieten des „Sozialen Zusammenhalts“ werde „traditionell“ das Essener Modell eines Quartiermanagements umgesetzt, das unter anderem die Zusammenarbeit mit Akteuren der Stadt(entwicklungs)planung beinhalte und sowohl ressortübergreifende Abstimmungen auf der

Verwaltungsebene als auch Akteursnetzungen im Quartier umfasse. Vor Ort stünden Stadtteilbüros, Stadtteilarbeit, Stadtteilmoderation in einem besonderen Fokus. So stellt sich in Essen auch nicht die Frage, ob die inklusive Lösung sozialräumlich umgesetzt werden soll, sondern wie die Umsetzung im Rahmen eines seit langem eingeführten sozialräumlichen Arbeitsprinzips gut gelingen kann.

In der Diskussion geht es um die Frage, wie vernetzt die Jugendhilfeplanung mit anderen Planungen in Essen ist. Es handelt sich in Essen um eine intensive Vernetzung, da Themen wie Vielfalt, Integration, Kinder stärken in der Umsetzung deutlich über das Jugendamt hinausgehen. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die dezentralen Mittel und stützt sich dabei auf Sozialraumdaten. Dabei handelt es sich um zusätzliche kommunale Mittel, die für Aufgaben der Prävention, der Elternbildung etc. zur Verfügung gestellt werden. Es gibt zentrale Präventionsrichtlinien und es wird darauf geachtet, sehr niederschwellige Angebote zu machen. Es finden regelmäßig sog. Qualitätsdialoge statt, in denen geprüft wird, inwieweit die Arbeit zu den gesamtstädtischen und bezirklichen Zielen der Jugendhilfeplanung beiträgt.

Fallunspezifische Arbeit als Teil der sozialraumorientierten Arbeit/ Sozialraumbudget Daniel Thomsen, Leiter Jugendamt Nordfriesland, Husum

Der Kreis Nordfriesland arbeitet bereits seit etwa 20 Jahren mit Sozialraumbudgets in den Hilfen zur Erziehung (HzE) und der Eingliederungshilfe (EGH) für unter 18-jährige. Dabei geht es darum, auf vielfältigen Wegen die zur Verfügung stehenden Finanzmittel intelligenter einzusetzen, nicht darum, zu sparen; Träger würden pauschaliert vergütet, ohne dass es zu einem „Klientelismus“ komme: „Träger bekommen Geld dafür, Ressourcen zu erschließen“. Seit 2008 verantwortet das Jugendamt gemeinsame Leistungen aus SGB VIII und SGB IX. Herr Thomsen stellt den Begriff der „Haltung“ von Mitarbeitenden insbesondere des Jugendamtes und von Trägern in den Mittelpunkt seines Vortrags: Es gilt zu akzeptieren, dass die Familien und nicht die Fachkräfte die relevanten Experten für ihre eigenen lebensweltlichen Belange sind. Es geht darum, zunächst die Ressourcen des Lebensumfelds und des Sozialraums einzusetzen, dann kommen bei Bedarf die Ressourcen der Jugendhilfe hinzu. So werde zunächst auch nicht „über Paragraphen geredet“. Organisatorisch gibt es fünf Sozialräume, in denen alle Fachprofessionen vor Ort im selben Gebäude anzutreffen sind, diese sog. Regionalteams sind das „Herzstück“ der Arbeit. Jedes Team verfügt dabei über ein Sozialraumbudget auf Ist-Kosten-Basis. Der Einsatz finanzieller Mittel sei so zu steuern, dass nicht „Fälle“ unterstützt, sondern Menschen mit ihren Ressourcen aktiviert und gestärkt werden. Prävention hat insgesamt Vorrang vor Einzelfällen.

In der Diskussion ging es um die Frage nach dem Prozess. Es war ein schrittweises Vorgehen, der Prozess der Vertrauensbildung hat lange gedauert. Die Jugendhilfeplanung war der Motor dieses Prozesses, heute nimmt sie eher übergreifende Aufgaben wahr, im Sinne einer fachlich-inhaltlichen Weiterentwicklung sozialräumlicher Arbeit. Die gemeinsame Schulung aller Mitarbeiter*innen war und ist ein zentrales Element für den Erfolg des Konzeptes.

Das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ als Ressource im Sozialraum **Richard König, Bildungsmonitoring, Amt für Jugend und Familie der Stadt Leipzig**

Herr König stellt in seinem Vortrag die Zusammenarbeit von Jugendhilfeplanung und Stadtentwicklung in Leipzig vor (s. Präsentationsfolien). Es gibt in Leipzig einen hohen sozioökonomischen Handlungsbedarf, der einen integrierten Ansatz sinnvoll macht. Es gibt innerstädtische Kooperationsstrukturen über Dienstberatungen und eine AG Sozialer Zusammenhalt. Im Stadtrat gibt es einen Konsens, dass Kinder- und Jugendarbeit wichtig sind. Die Träger-Landschaft ist selbstbewusst und kooperationsoffen.

Fazit

- Es gibt viele unterschiedliche Fachperspektiven, vieles kann Sozialraum sein.
- Wichtig ist daher eine Festlegung, wie verschiedene Sozialraumansätze im Sozialraum zusammenzubringen sind. Grundlage ist in den Kommunen letztlich eine Festlegung, die in der Regel auf Verwaltungsgliederungen basiert. Ohne eine solche Festlegung lässt sich die Arbeit nicht organisieren.
- Ziel ist, dass der Sozialraum ein gutes Quartier für alle sein muss.
- Es gibt keinen „offiziell“ Verantwortlichen/e für den ersten Schritt zu einer sozialraumorientierten Arbeit, es gibt keine festgelegte Zuständigkeit. Es hängt an Personen, die motiviert sind und beginnen.
- In der kommunalen Praxis gibt es eine Reihe von Herausforderungen. Dazu gehören Fragen, wie die Sozialraumakteure zusammenzubringen sind (jeder denkt, dass er sozialraumorientiert arbeitet), wie Planungen abgestimmt werden können, wie Ressourcen bereitgestellt werden können (Personal, Zeit, Geld), wie Doppelstrukturen vermieden werden können.
- In der Praxis werden oft Gegenargumente vorgebracht, in denen Sozialraumorientierung mit einem Sparkonzept gleich gesetzt wird (Fachkonzept = Sparkonzept). Es gibt in einigen Kommunen ein „Gerangel um Deutungshoheit“ von Sozialraum.
- Wichtig sind die politische Unterstützung und eine entsprechende Haltung. Am Beispiel Essen wurde so deutlich, dass auch eine finanziell „normal“ ausgestattete Stadt zusätzliche kommunale Mittel bereitstellen kann, weil dies von der Politik gewollt ist. Diese Haltung muss entwickelt und vorgelebt werden. Es gilt gute Beispiele zu schaffen.
- Die Strukturen müssen der Haltung folgen.
- Sozialraumorientierte Arbeit heißt, dass die Menschen vor Ort die Experten ihres Lebens sind, deren Willen steht im Vordergrund. Alle Familien haben Ressourcen, diese gilt es zu aktivieren und zu stärken. Das Jugendamt ist Begleiter, Ermöglicher, Unterstützer in diesen Prozessen
- Das Ziel von Sozialraumbudgets ist es nicht zu sparen, sondern Geld intelligenter einzusetzen, also durch Inhalte bestimmt.

- Wichtig ist es kreativ zu sein. („Wir dehnen alles, was dehnbar ist im Rahmen der Jugendhilfeplanung.“)
- Netzwerke aufbauen und pflegen ist ein hoher Aufwand. Erforderlich sind Vertrauensbildung zwischen ganz verschiedenen Akteuren, eine Mediation öffentlicher und freier Träger, ein Klären der verschiedenen Erwartungshaltungen. Dies geht nur über ein schrittweises Vorgehen und erste kleine Projekte, die die Erfolge deutlich machen. Es ist ein aufwändiger Prozess, der aber in der Umsetzung seine Richtigkeit zeigt.

Insgesamt wurde deutlich, wie unterschiedlich bundesweit agiert wird. Die Facetten reichen von langjährigen, von der Politik verabschiedeten und unterstützten Konzepten über Einzelbausteine sozialraumorientierter Arbeit bis hin zu einzelnen Mitarbeiter*innen in Jugendämtern, die sich, aus intrinsischer Motivation heraus, auf den Weg zu einer sozialraumorientierten Arbeit begeben. Wirklich integrierte Planungsansätze von Jugendhilfeplanung und Sozialplanung zusammen mit anderen Ressorts sind noch kaum in der Fläche zu entdecken. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz bietet eine gute Grundlage dies verstärkt anzugehen und ist eine Chance, Kinder, Jugendliche und ihre Familie ganzheitlicher in ihrem Lebensumfeld in den Blick zu nehmen.

Abschließend äußerten sich die Teilnehmenden in einem zweiten Mentimeter. Die Frage lautete:

Wenn ich an Sozialraum denke, dann denke ich JETZT zuerst an ... Mentimeter

